

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Jürgen Klimke, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Annette Faße, Dr. Reinhold Hemker, Gregor Amann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/11403 –

Potentiale von Migranten für den internationalen Tourismus nutzen

A. Problem

In der Bundesrepublik Deutschland leben über 15 Millionen Migranten. Fast 70 Prozent befinden sich im erwerbsfähigen Alter. Eine bessere Nutzung der Potentiale in Deutschland lebender Migranten kann dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit in dieser Bevölkerungsgruppe zu senken. Besonders große Chancen für die Erschließung der Potentiale ergeben sich durch die guten Rahmenbedingungen gerade im touristischen Bereich. Keine andere Gruppe unserer Gesellschaft ist aufgrund ihrer Herkunft sowohl mit den Vorstellungen und Wünschen der deutschen Reisenden als auch mit den Rahmenbedingungen und der Kultur im jeweiligen Zielland vertraut, wie die in Deutschland lebenden Migranten.

Der Antrag zielt daher darauf ab, den Anteil von Migranten in der Tourismusbranche zu erhöhen. Dazu sei es einerseits nötig, in internationalen Gremien, wie der Welttourismusorganisation UNWTO, auf das hohe Beschäftigungspotential für Migranten hinzuweisen und gemeinsam nach Möglichkeiten für eine stärkere Integration in der Tourismusbranche zu suchen. Andererseits sei es für einen intensiveren Einsatz in der Tourismuswirtschaft nötig, Migranten verstärkt auf touristische Ausbildungen anzusprechen und für die Bedürfnisse der deutschen Reiseveranstalter zu qualifizieren. Die Bundesregierung soll daher in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Seminar für Tourismus und den Verbänden deutscher Reiseveranstalter unter den Migranten für eine verstärkte Inanspruchnahme von Aus- und Fortbildungsangeboten im Tourismusbereich werben.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/11403 anzunehmen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Der Ausschuss für Tourismus

Marlene Mortler
Vorsitzende

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Dr. Reinhold Hemker
Berichterstatter

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Dr. Reinhold Hemker, Ernst Burgbacher, Dr. Ilja Seifert und Bettina Herlitzius

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 196. Sitzung am 18. Dezember 2008 den Antrag auf **Drucksache 16/11403** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 82. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner 85. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 93. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 86. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 78. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 77. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 83. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 16/11403 in seiner 72. Sitzung am 11. Februar 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass der Antrag Aufmerksamkeit auf ein wichtiges Thema lenken und deutlich machen solle, dass das Potential von Migranten für die Tourismusbranche in Deutschland, aber auch im internationalen Bereich genutzt werden könne. Von daher richte sich der Antrag einmal nach innen, aber auch an die internationale Ebene, wenn z. B. die Welttourismusorganisation angesprochen werde, die stärker in das Thema eingebunden werden solle und eine stärkere Integration von Migranten im internationalen Bereich mitforcieren solle. Daneben sollten aber auch in den Zielländern Einheimische und Rückkehrer vermehrt auf die Angebote der Goethe-Institute aufmerksam gemacht werden, um sich im Bereich des Tourismus und der Entwicklungszusammenarbeit weiterzubilden. So qualifizierte Kräfte könnten dann auch gut in den touristischen Aufbau des Landes oder in die Durchführung von Maßnahmen im touristischen Bereich eingebunden werden.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, dass es in dem vorliegenden Antrag auch um eine Konkretisierung von Anliegen gehe, die schon in dem Antrag „Zukunftstrends und Qualitätsanforderungen im internationalen Ferntourismus“ (Drucksache 16/4603) formuliert worden seien. Dabei müsste auch an die Gruppe der Rückkehrer und an die Potentiale gedacht werden, die Rückkehrer hätten. Bei der Unterstützung von Rückkehrern sei die Zuständigkeit innerhalb der Bundesregierung unterschiedlich verteilt und es wäre erfreulich, wenn sich der neue Bundesminister für Wirtschaft und Technologie gerade auch in diesem Bereich profilieren könne. Leider sei in den letzten Jahren versäumt worden, gerade im Bereich der Selbständigwerdung von Rückkehrern Ausreichendes zu tun, da teilweise die Mittel zurückgefahren worden seien.

Die **Fraktion der FDP** hielt den Gedanken Potentiale von Migranten für den Tourismus zu nutzen, für völlig berechtigt. Die Art und Weise, wie das Anliegen in dem Antrag umgesetzt werde, sei jedoch verfehlt. Es sei nicht Aufgabe der Politik der Tourismuswirtschaft zu sagen, an welchen Stellen welche Arbeitskräfte eingesetzt werden könnten. Der Forderungsteil mache deutlich, dass die Politik keine Möglichkeit habe, die hinter dem Antrag stehende Idee auch wirklich umzusetzen. Die Bundesregierung werde zu nicht mehr aufgefördert, als hinzuweisen, zu diskutieren, zu werben oder anzuregen. Mit solchen Anträgen würde die Koalition der

Fraktionen der CDU/CSU und SPD der Tourismuspolitik keinen Gefallen tun.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** war der Auffassung, dass sich der Antrag in einem gesellschaftspolitisch kritischen Bereich bewege. Die Tourismuswirtschaft biete eine große Palette von Berufen, für die man sich berufen fühlen müsse. Dann sei man dort richtig. Aber allein die Tatsache, dass jemand Migrant oder Migrantin sei, prädestiniere nicht für einen Beruf im Tourismusbereich. Niemand dürfe auf seine Herkunft reduziert werden mit dem Schluss, nur für einen bestimmten Beruf geeignet zu sein. Der Tourismus sei ein interessanter zukunftsweisender Bereich, ein Wachstumsbereich, gerade auch für Auszubildende mit oder ohne Migrationshintergrund. Jugendliche Auszubildende mit Migrationshintergrund seien aber meist Deutsche, die hier wohnten und arbeiteten. Der Antrag werde daher abgelehnt.

Berlin, den 11. Februar 2009

Jürgen Klimke
Berichtersteller

Dr. Reinhold Hemker
Berichtersteller

Ernst Burgbacher
Berichtersteller

Dr. Ilja Seifert
Berichtersteller

Bettina Herlitzius
Berichterstellerin

